



**REPUBLIK ÖSTERREICH**  
BUNDESMINISTERIUM  
FÜR WIRTSCHAFTLICHE ANGELEGENHEITEN

15.060/3-Pr/7/92

Geschäftszahl

An das  
Präsidium des Nationalrates

Parlament  
1016 W i e n

A-1011 Wien, Stubenring 1

DVR 37 257

Fernschreib-Nr. 111145 reggeb a, 111780 reggeb a

Telefax 713 79 95, 713 93 11

Telefon 0222/71100 Durchwahl

Name/Tel.-Klappe des Sachbearbeiters:

OKoär Dr. Benda/5003

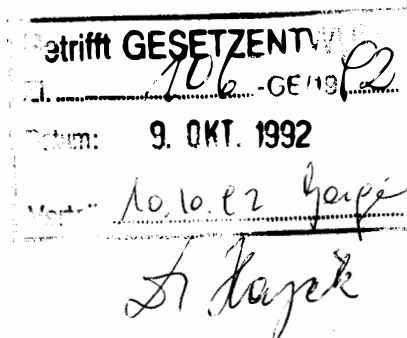
Bitte in der Antwort die

Geschäftszahl dieses

Schreibens anführen.

Betreff:

Entwurf eines Bundesgesetzes  
über den Aufwendersatz von ge-  
setzlichen Interessenvertretun-  
gen und freiwilligen Berufsver-  
einigungen in Arbeitsrechtssachen  
sowie über die Änderung des Arbeits-  
und Sozialgerichtsgesetzes



Das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten beehrt sich, in der Anlage 25 Ausfertigungen seiner an das Bundesministerium für Arbeit und Soziales gerichteten Stellungnahme zu den o.a. Entwürfen zu übermitteln.

Wien, am 1. Oktober 1992

Für den Bundesminister:

MR Dr. Benda

25 Beilagen

F.d.R.d.A.:



**REPUBLIK ÖSTERREICH**  
 BUNDESMINISTERIUM  
 FÜR WIRTSCHAFTLICHE ANGELEGENHEITEN

A-1011 Wien, Stubenring 1  
 DVR 37 257  
 Fernschreib-Nr. 111145 regeb a, 111780 reggeb a  
 Telefax 713 79 95, 713 93 11  
 Telefon 0222/71100 Durchwahl  
 Name/Tel.-Klappe des Sachbearbeiters:

Geschäftszahl 15.060/3-Pr/7/92

MR Dr. Benda/5003

An das  
 Bundesministerium für  
 Arbeit und Soziales  
im Hause

Bitte in der Antwort die  
 Geschäftszahl dieses  
 Schreibens anführen.

Betr.:

Entwurf eines Bundesgesetzes  
 über den Aufwandersatz von ge-  
 setzlichen Interessenvertretun-  
 gen und freiwilligen Berufsver-  
 einigungen in Arbeitsrechtssachen  
 sowie über die Änderung des Arbeits-  
 und Sozialgerichtsgesetzes

zu Zl. 53.100/7-3/92

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten nimmt  
 zu dem o.a. angeführten Gesetzesentwurf wie folgt Stellung:

1. Die Zitierung des Arbeits- und Sozialgerichtsgesetzes mit der  
 BGBl.Nr. 343/1989 in Artikel I § 1 Abs. 1 des Entwurfes dürfte  
 nicht den Tatsachen entsprechen (vgl. Artikel II Einleitungs-  
 satz).
2. Der Artikel II des Entwurfes sieht einen pauschalierten Auf-  
 wandersatz für den in § 40 Abs. 1 Z 2 des ASGG genannten  
 Personenkreis vor. Um dem Gleichheitsgrundsatz der  
 österreichischen Bundesverfassung zu entsprechen, müßten auch  
 die anderen im § 40 Abs. 1 angeführten Personen etc. - soweit  
 sie nicht aufgrund anderer gesetzlicher Regelungen Anspruch  
 auf Kostenersatz haben - in die Regelung des § 58a einbezogen  
 werden. § 58a Abs. 1 wäre daher zumindest um den in § 40 Abs.  
 1 Z 3 genannten Personenkreis zu erweitern.

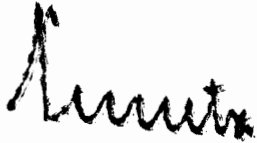
25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden unter einem dem  
Präsidium des Nationalrates übersendet.

Wien, am 1. Oktober 1992

Für den Bundesminister:

MR Dr. Benda

F.d.R.d.A.:

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Benda', written in a cursive style.